



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 9. Ratssitzung vom 8. Juli 2026

397. 2025/21

Weisung vom 10.06.2026:

Einzelinitiative betreffend Samstagszuschlag für städtische Mitarbeitende, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Einzelinitiative GR Nr. 2025/21.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Wir haben den Personalverbänden und Dienstabteilungen Mitte Mai 2026 eine umfangreiche Vernehmlassungsvorlage unterbreitet, die die Anpassung der Anstellungsbedingungen betrifft. Darunter fallen Ferien- und Betriebsferientage, aber auch Schichtentlastungen und weitere Verbesserungen für das schichtarbeitende Personal. Es macht aus unserer Sicht Sinn, die Weiterbearbeitung der Einzelinitiative in den Rücklauf der Vernehmlassungen der Personalverbände und Dienstabteilungen zu integrieren. Das Geschäft ist umfangreich und daher wird es diesen Herbst noch keine Ergebnisse geben. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, die Frist für die Einzelinitiative um sechs Monate zu erstrecken. Ziel ist, dass die Einzelinitiative im Rahmen der Vorlage zur Anpassung des Personalrechts (PR) und Kenntnisnahme der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals behandelt wird.*

Samuel Balsiger (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats: *In der Stadt haben wir ein grosses Problem mit der Investitionssumme und den Staatskosten. Mit den natürlichen Steuereinnahmen können wir nicht einmal die Personalkosten decken. Wir haben also ein grosses Problem auf der Ausgabenseite. Wenn Sie diese Fakten anerkennen – und das tut eigentlich auch STR Daniel Leupi – brauchen Sie keine Fristverlängerung, sondern müssen die immer grösseren Forderungen des Stadtpersonals und der Gewerkschaften ablehnen. Sie können den Läden bereits jetzt nicht mehr bezahlen. Da braucht es nicht noch mehr und teurer. Sie wollen nur sicherstellen, dass Sie bei den nächsten Wahlen wieder Stimmen vom Personal erhalten. Irgendwann muss genug sein mit diesen Geldflüssen, die die Unterstützung sichern. Übernehmen Sie Verantwortung, damit die Stadt auch zukünftig bezahlbar bleibt.*



Weitere Wortmeldungen:

Sophie Blaser (AL): Wir sprechen nicht von Temu oder Amazon, wo man sich schlechte Qualität bestellen kann, sondern von einer Grundversorgung und Personen, die am Samstag arbeiten. Sie halten diese Stadt am Laufen. Hier geht es um die Würde dieser Menschen und das ist nicht etwas, das man unterbieten kann, weil wir es uns anscheinend nicht leisten können. Diese Menschen auf eine Weise arbeiten zu lassen, die dazu führt, dass sie sich das Leben in der Stadt nicht mehr leisten können, Ergänzungsleistungen brauchen oder in Altersarmut fallen, geht nicht. Darum haben wir einen Mindestlohn. Durch Ihre Unterbietungsfantasien lässt sich das nicht auslagern. Das lassen wir nicht zu.

Samuel Balsiger (SVP): Das Zauberwort heisst mehr Netto vom Brutto – den Leuten einfach weniger wegnehmen. So könnte man die Mehrwertsteuer abschaffen. Dann hätte man auf einen Schlag 8,1 Prozent mehr Kapital zur Verfügung. Das ist die unsozialste Steuer, da Essen, Trinken und die Produkte des täglichen Bedarfs von allen gebraucht werden. Bei Personen mit geringem Einkommen fällt das viel mehr ins Gewicht. Auch bei der Krankenkasse steht der Staat am Anfang des Problems. Sie müssen das Geld nicht umverteilen, nur damit es an einem anderen Ort fehlt. Lassen Sie die Leute arbeiten und lassen Sie ihnen das Geld. Sie wissen besser, was sie damit machen müssen.

Sven Sobernheim (GLP): Es geht hier nicht um Working Poor, Sophie Blaser (AL). Der Samstag ist ein normaler Werktag, wie der Freitag und Montag auch. Darum ist die Einzelinitiative systemfremd und falsch.

Sascha Rüegg (SVP): Es gibt andere Gruppierungen der Stadt, die in der Nacht und am Wochenende arbeiten, bspw. die Polizei. Die wird von der AL aber negiert. Ihr habt von Working Poor und Ergänzungsleistungen gesprochen, aber hier geht es um Zuschläge und die sind sowieso nicht versichert. Es sind Beträge, die nicht abgezogen und versichert werden. Das Personal verdient nicht so wenig, dass es einen Samstagszuschlag bräuchte.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Samuel Balsiger (SVP), ich bin zu jedem Zeitpunkt bereit, die Mehrwertsteuer abzuschaffen, wenn wir die direkte Bundessteuer erhöhen. Sie ist die unsozialste aller Steuern, das haben wir der bürgerlichen Mehrheit dieses Landes zu verdanken. Ihr missbraucht diese, um Sozialwerke finanzieren zu können. Die 35-Stunden-Woche würde auch für Polizist*innen gelten, Sascha Rüegg (SVP), aber sie wird von euch blockiert. Ihr seid die Letzten, die sich für das Arbeitsrecht der Blauen einsetzen.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Es geht heute nur darum, ob man eine Fristverlängerung befürwortet – um nichts anderes. Wir unterstützen sie, damit der Stadtrat die Sache prüft.

Anjushka Früh (SP): Die SP-Fraktion stimmt der Fristerstreckung zu. Es ist sinnvoll, dass das Anliegen ins grössere Ganze eingebettet wird, damit wir eine saubere Regelung haben. Sascha Rüegg (SVP) meinte, dass die Zuschläge nicht AHV-pflichtig seien.



3 / 3

Ich verweise auf Artikel 5 Absatz 2 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung: Der massgebende Lohn ist jedes Entgelt inkl. Lohnzuschläge.

Urs Riklin (Grüne): *Auch die Grünen stimmen der Fristverlängerung zu. Es ist schön, dass die SVP mit ihren Worten den Boden dazu bereitet, sozialere Steuern einzuführen.*

Stephan Iten (SVP): *Keinem städtischen Angestellten geht es schlecht. Schlecht geht es der Stadt selbst. Das solltet ihr gemerkt haben, denn der Säckelmeister jammert schon länger und bittet euch, die Ausgaben zu minimieren und Investitionen zu priorisieren. Die Stadt probiert, die Lage in den Griff zu bekommen, aber jede Woche kommen neue horrenden Ausgabenforderungen. Die Fristerstreckung müssen wir nicht geben und können die Einzelinitiative ad acta legen. Die Stadt kann sich eure Forderungen nicht leisten.*

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 89 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erstattung von Bericht und Antrag über die Gültigkeit und den Inhalt der Einzelinitiative von Jan Suter betreffend Samstagszuschlag für städtische Mitarbeitende vom 8. Januar 2025, GR Nr. 2025/21, wird um 6 Monate bis zum 26. Februar 2027 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat